Kontaktaufnahme:

E-Mail: aussteiger@bfv.bund.de

Bitte teilen Sie uns bei einer Kontaktaufnahme per E-Mail eine Telefonnummer mit, damit wir zurückrufen können.



Alle persönlichen Angaben werden vertraulich behandelt.

Hotline:

+49(0)30-18/792-62

+49(0)228-99/792-62



Weitere Informationen zum Verfassungsschutz finden Sie hier: www.verfassungsschutz.de



© Kerrick - iStockphoto.com © anyaberkut - iStockphoto.com © BrianAJackson - iStockphoto.com

Stand

Mai 2021



Deine Chance, den Weg zu ändern.

Das Aussteigerprogramm Rechtsextremismus



Hotline:

+49(0)30-18/792-62

+49(0)228-99/792-62

Wer sind wir?

Wir sind ein professionelles, engagiertes und kompetentes Team.

Seit April 2001 unterstützen wir bundesweit erfolgreich Frauen und Männer beim Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene.

Wir kennen die Herausforderungen des Ausstiegsprozesses und bieten individuelle Lösungen sowie Hilfen an.

Gerne informieren wir Ausstiegswillige, Familienangehörige, Freunde/-innen und Kollegen/-innen etc. in einem **vertraulichen Beratungsgespräch**.

Wem helfen wir?

Das Aussteigerprogramm richtet sich an Personen, die aus der rechtsextremistischen Szene aussteigen wollen.

Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit prägen das Weltbild von Rechtsextremisten.

Rechtsextremisten versuchen, die zentralen Prinzipien des Grundgesetzes – die Menschenwürde, das Demokratie- und/oder das Rechtsstaatsprinzip – zu beseitigen. Diese sind die Eckpfeiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die Zugehörigkeit zum Rechtsextremismus zeichnet sich u.a. durch Mitgliedschaft in einer rechtsextremistischen Partei oder Gruppierung aus. Auch der Besuch rechtsextremistischer Veranstaltungen, z.B. von Konzerten oder Demonstrationen, kann ein Indiz für die Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Szene sein.

Wie unterstützen wir?

- Kontakt und qualifizierte Beratung
- Professionelle Unterstützung im Ausstiegsprozess
- Erarbeitung eines individuellen Planes zum Ausstieg aus der Szene und der Ideologie unter Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte
- Langfristige persönliche Betreuung der Ausstiegswilligen und ihrer Familienangehörigen
- Bundesweite behördliche Unterstützung im Umgang mit staatlichen Stellen
- Vermittlung externer Hilfsangebote, z.B. schulische/berufliche Qualifizierungsmaßnahmen, bei Suchterkrankungen, psychischen Problemen, Überschuldung etc.
- Hilfe bei Gesprächen mit Arbeitgeber/-innen, Vermieter/-innen, Gläubiger/-innen etc.